

Tim Weill

Der Veranstalterbegriff im Gebührenrecht

Eine kritische Analyse der Heranziehung von Fußballvereinen
und -verbänden zu Polizeieinsatzkosten

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Rechtswissenschaft

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Rechtswissenschaft

Band 177

Tim Weill

Der Veranstalterbegriff im Gebührenrecht

**Eine kritische Analyse der Heranziehung von Fußballvereinen
und -verbänden zu Polizeieinsatzkosten**

Tectum Verlag



Nomos

Tim Weill

Der Veranstalterbegriff im Gebührenrecht

Eine kritische Analyse der Heranziehung von Fußballvereinen
und -verbänden zu Polizeieinsatzkosten

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe: Rechtswissenschaft; Bd. 177

Zugl. Diss. Universität zu Köln 2021

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022

ePDF 978-3-8288-7856-3

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN

978-3-8288-4752-1 im Tectum Verlag erschienen.)

ISSN 1861-7875

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet

www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Angaben sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Meinen Eltern

Danksagung

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2021/2022 von der Juristischen Fakultät der Universität zu Köln als Dissertation angenommen. Die veröffentlichte Fassung des Manuskripts berücksichtigt Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung bis März 2022.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meiner Doktormutter Frau Prof. Dr. Daniela Winkler für eine allzeit hervorragende Betreuung und Begleitung meiner Promotion. Ihre wertvollen Anregungen und Ratschläge haben zum Gelingen dieser Arbeit maßgeblich beigetragen. Zudem gilt mein Dank Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Stefan Muckel für die überaus zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Der größte Dank gebührt meiner Familie, allen voran meinen Eltern Norbert und Kirsten Weill, für ihren fortwährenden Rückhalt und ihre Unterstützung in allen Lebenslagen. Dafür, dass sie mir mein Studium und meine Promotion ermöglicht haben, ist ihnen diese Arbeit gewidmet.

Erwähnung finden sollen schließlich Benedict, Carmen, Eric, Kaj, Katharina, Lina, Martin, Stephan und all jene, deren wundervolle Freundschaft mich durch die herausfordernde Zeit meiner juristischen Ausbildung begleitet und getragen hat. Die vielen anregenden Diskussionen, den fachlichen Austausch sowie all das gemeinsam Erlebte werde ich in bester Erinnerung behalten.

Düsseldorf, April 2022

Tim Weill

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Teil Eins: Einleitung und Gang der Untersuchung	1
1. Kapitel: Eine „kurze“ Geschichte der Veranstaltergebühr	2
A. Ein föderaler Flickenteppich als Wettbewerbsrisiko	5
I. Kostenersatz für die Heranziehung auswärtiger Polizeikräfte	5
II. Gebühren für Absperr- und Sicherungsmaßnahmen und für polizeiliche Überwachung	7
III. Weitere Regelungsmodelle	9
IV. Ein Blick über den Tellerrand: Polizeikosten in Europa	11
V. Gemeinsamer Fußballsolidarfonds als Lösung?	12
B. Veranstaltergebühren zwischen Tagespolitik und Rechtstheorie	13
I. Rechtspolitische Vertretbarkeit der Kostenübertragung	14
1. Angespannte Haushaltslage	14
2. Staatlicher Aufwand vs. Wirtschaftskraft des Profifußballs	16
II. Staatstheoretische Vertretbarkeit der Kostenübertragung	18
C. Öffentliche Sicherheit als Staatszweck und Staatsaufgabe	21
2. Kapitel: Gegenstand und Gang der Untersuchung	24
A. Die Konzeption des veranstaltungsbezogenen Polizeieinsatzes	24
I. Sachlicher Einsatzumfang	26
II. Räumlicher Einsatzumfang	27
III. Zeitlicher Einsatzumfang	29
B. Die Konzeption des § 4 Abs. 4 BremGebBeitrG	31
I. Gebühren und Auslagen für die Bereitstellung von Polizeikräften ...	31
II. Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	33
C. Der Gang der Untersuchung im Einzelnen	35

Teil Zwei: Die Veranstaltergebühr als zulässiges Finanzierungsmittel der Polizei	37
3. Kapitel: Finanzverfassung, Lastengleichheit und der Preis für Sicherheit	39
A. Das System der Finanzverfassung im Grundgesetz	40
I. Steuerstaat als Grundprinzip	41
II. Zulässigkeit und Grenzen nichtsteuerlicher Abgaben	43
B. Begriff und Zulässigkeit von Gebühren	46
I. Öffentliche Leistung als Bezugsobjekt	47
II. Individuelle Zurechnung zu Bezugsobjekt	48
1. Verschiedene Gebührenbegriffe	49
a. Der formelle Gebührenbegriff	49
b. Der materielle Gebührenbegriff	50
c. Streitentscheid	51
2. Mögliche Zurechnungssachverhalte	52
a. Veranlassungssachverhalte	53
b. Vorteilssachverhalte	57
C. Die besondere sachliche Rechtfertigung von Gebühren	59
I. Der Belastungsgrund als Scharnier zwischen Zurechnung und Rechtfertigung der Gebühr	60
II. Erkennbarkeit der gesetzgeberischen Entscheidung	61
III. Keine Unverträglichkeit mit staatlichen Kernaufgaben	62
1. Öffentliche Sicherheit als Gemeinlast	63
2. Öffentliche Sicherheit als ausnahmsweise private Finanzlast	65
a. Kein grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Hinderungsgrund	66
b. Überwiegen des öffentlichen Interesses kein Hinderungsgrund	69
IV. Äquivalenzprinzip	73
V. Kostendeckungsprinzip	76
D. Gebührenrechtliche Kompetenz- und Verteilungsregeln	78
E. Zwischenergebnis	79
4. Kapitel: Die individuelle Finanzierungsverantwortung von (Fußball-)Großveranstaltern für Polizeieinsätze	81
A. Einsatz zusätzlicher Polizeikräfte als öffentliche Leistung	81

B. Die individuelle Zurechnung des Polizeieinsatzes	84
I. Veranstalter als gebührenrechtliche Veranlasser?	84
1. Zurechnung aufgrund von Polizeipflichtigkeit	85
a. Die Gefahrverursachung im Polizei- und Ordnungsrecht	85
b. Die Rechtsfigur des Zweckveranlassers	87
c. Die polizeirechtliche Verantwortlichkeit des Veranstalters	90
aa. Kein subjektives Interesse an Gewalthandlungen	90
bb. Gewalthandlungen keine objektiv typische Folge der Veranstaltung	91
d. Exkurs: Polizeirechtliche Kostenerstattung	95
aa. Erstattungsfähige Maßnahmen	97
(1) Ersatzvornahme	97
(2) Unmittelbarer Zwang	98
bb. Unvertretbarkeit des Polizeieinsatzes bei Großveranstaltungen	99
2. Zurechnung aufgrund sonstigen Fehlverhaltens	100
a. Vorhersehbarkeit des Polizeieinsatzes	101
b. Zumutbare Vermeidbarkeit des Polizeieinsatzes	102
II. Veranstalter als gebührenrechtliche Vorteilsnehmer?	103
1. Zurechnung aufgrund des Ersparens eigener Aufwendungen	105
2. Zurechnung aufgrund des Schutzes der Veranstaltungsprofitabilität	106
3. Veranstaltungsbezogene Finalität der Bereitstellung von Polizeikräften	109
a. Auf dem Veranstaltungsgelände	109
b. Im öffentlichen Raum	110
C. Zwischenergebnis	114
5. Kapitel: Die sachliche Rechtfertigung von Veranstaltergebühren	115
A. Vorteilsausgleich und Kostendeckung	116
B. Kein grobes Missverhältnis: Die „Über Kreuz-Rechtfertigung“	119
I. Beurteilungszeitpunkt für die Erforderlichkeit des Einsatzumfangs	120
II. Pauschalgebühr oder tatsächlicher Aufwand	123
III. Gerichtlicher Prüfungsumfang von Prognose- und Ermessensentscheidungen	124
IV. Nicht abrechnungsfähiger Aufwand	126

C.	Regelungskompetenz der Bundesländer	129
I.	Miteinander von Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz	130
II.	Strafverfolgung als Einschränkung der Regelungsbefugnis	133
D.	Zwischenergebnis	134
Teil Drei:	Einzelfragen der Ausgestaltung von Veranstaltergebühren	137
6. Kapitel:	Verfassungs- und europarechtliche Implikationen	137
A.	Veranstaltergebühr als Parlamentsgesetz	137
B.	Veranstaltergebühr als unzulässiges Einzelfallgesetz	141
C.	Bestimmtheit der Veranstaltergebühr	143
I.	Veranstaltungsbezogene Tatbestandsmerkmale: privat, privatnützig oder gewinnorientiert?	145
II.	Gewaltbezogene Tatbestandsmerkmale: Einsatzumfang und Gewaltmerkmale	147
III.	Räumliche und zeitliche Tatbestandsmerkmale	151
IV.	Gebührenbemessung	154
1.	Begriff der (Mehr-)Kosten	155
2.	Voraussehbarkeit des Einsatzumfangs	158
D.	Betroffenheit von Grundrechten	161
I.	Die Freiheit des Berufs gem. Art. 12 Abs. 1 GG	162
1.	Veranstaltergebühr als Berufsausübungsregelung	162
2.	Rechtfertigung des Eingriffs	164
II.	Die Eigentumsgarantie gem. Art. 14 Abs. 1 GG	167
III.	Die Kommunikationsgrundrechte	168
IV.	Der allgemeine Gleichheitssatz gem. Art. 3 Abs. 1 GG	170
1.	Differenzierung nach Ausmaß der Veranstaltung	170
2.	Differenzierung nach Art der Veranstaltung	171
3.	Differenzierung nach spontanen und erwarteten Gewalthandlungen	173
E.	Europarechtliche Einflüsse	173
I.	Kein Verstoß gegen europäisches Beihilfenrecht	173
1.	Materieller Bezugsrahmen	176
2.	Territorialer Bezugsrahmen	176
II.	Kein Verstoß gegen europarechtliche Grundfreiheiten	177
F.	Zwischenergebnis	179

7. Kapitel: Der Rechtsbegriff des (Sport-)Veranstalters	182
A. Die Organisationsstruktur des deutschen Profifußballs	183
B. Die Evolution des Veranstalterbegriffs	185
I. Zusammenwirken mehrerer Mitveranstalter	186
II. Formeller Veranstalterbegriff im öffentlichen Recht	187
C. Die gebührenrechtlichen Veranstalter von Fußballspielen	189
I. Der gebührenrechtliche Veranstalterbegriff	189
1. Definitionsansätze in der Literatur	189
2. Der Versuch einer dogmatischen Herleitung	190
II. Geteilte wirtschaftliche Verantwortung im Profifußball	193
1. Beiträge zum Zustandekommen des wirtschaftlichen Vorteils ...	193
2. Partizipation an wirtschaftlichem Vorteil	196
III. Mitveranstalter als Gesamtschuldner	198
D. Zwischenergebnis	200
Zusammenfassung und Fazit	203
A. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	204
B. Persönliches Fazit	215
Literaturverzeichnis	219

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	<i>andere Ansicht</i>
a.F.	<i>alte Fassung</i>
Abs.	<i>Absatz</i>
AEUV	<i>Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung aufgrund des am 1.12.2009 in Kraft getretenen Vertrages von Lissabon (Abl. EG Nr. C 115 v. 9.5.2008, S. 47), zuletzt geändert durch die Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Abl. EU L 112/21 v. 24.4.2012)</i>
AG	<i>Aktiengesellschaft</i>
AllKostV	<i>Bremische Allgemeine Kostenverordnung in der Fassung v. 16.8.2002 (Brem.GBl. S. 333), zuletzt geändert durch Art. 1 Siebte Änderungsverordnung v. 10.8.2021 (Brem.GBl. S. 654)</i>
Alt.	<i>Alternative</i>
Anm.	<i>Anmerkung</i>
AO	<i>Abgabenordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 1.10.2002 (BGBl. I S. 3866; 2003 I S. 61), zuletzt geändert durch Art. 33 des Gesetzes v. 5.10.2021 (BGBl. I S. 4607)</i>
Art.	<i>Artikel</i>
Aufl.	<i>Auflage</i>
ausf.	<i>ausführlich</i>
BayKG	<i>Bayerisches Kostengesetz v. 20.2.1998 (GVBl. S. 43, BayRS 2013-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes v. 19.3.2020 (GVBl. S. 153)</i>

BayPAG	<i>Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Polizei in der Fassung der Bekanntmachung v. 14.9.1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes v. 23.7.2021 (GVBl. S. 418)</i>
Bd.	<i>Band</i>
BeckOK PolR NRW	<i>Beck'scher Online-Kommentar zum Polizeirecht NRW</i>
Begr.	<i>Begründer</i>
begr. v.	<i>begründet von</i>
ber.	<i>berichtigt</i>
Beschl.	<i>Beschluss</i>
BGB	<i>Bürgerliches Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung v. 2.1.2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909 und 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes zur Herstellung materieller Gerechtigkeit v. 21.12.2021 (BGBl. I S. 5252)</i>
BGebG	<i>Gesetz über Gebühren und Auslagen des Bundes in der Fassung v. 7.8.2013 (BGBl. I S. 3154), zuletzt geändert durch Art. 2 Änderungsgesetz zum Filmförderungsgesetz v. 16.7.2021 (BGBl. I S. 3019)</i>
BGH	<i>Bundesgerichtshof</i>
BGHZ	<i>Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen</i>
Bln. GebBeitrG	<i>Berliner Gesetz über Gebühren und Beiträge in der Fassung v. 22.5.1957 (GVBl. S. 516), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an die Änderung der Justizbeitreibungsordnung und weiterer Gesetze v. 5.6.2019 (GVBl. S. 284)</i>
BPolG	<i>Gesetz über die Bundespolizei vom 19.10.1994 (BGBl. I S. 2978, 2979), zuletzt geändert durch Art. 8 des Gesetzes v. 23.6.2021 (BGBl. I S. 1982)</i>
BremGebBeitrG	<i>Bremisches Gebühren- und Beitragsgesetz vom 16.07.1979 (Brem.GBl. S. 279), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 26.09.2017 (Brem.GBl. S. 394)</i>
BremPolG	<i>Bremisches Polizeigesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 6.12.2001 (Brem.Gabl. S. 441, 2002 S. 47), zuletzt geändert durch § 152 Absatz 3 des Gesetzes in der Fassung v. 24.11.2020 (Brem.GBl. S. 1486)</i>

BremVwVG	<i>Bremisches Gesetz über das Verfahren zur Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen in der Fassung der Bekanntmachung v. 1.4.1960 (Brem.GBl. S. 37, ber. S. 48), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Änderung des Bremischen PolG und weiterer Gesetze v. 24.11.2020 (Brem.GBl. S. 1486)</i>
BRJ	<i>Bonner Rechtsjournal (Zeitschrift)</i>
BVerfG	<i>Bundesverfassungsgericht</i>
BVerfGE	<i>Entscheidungen der amtlichen Sammlung des Bundesverfassungsgerichts</i>
BVerwG	<i>Bundesverwaltungsgericht</i>
BVerwGE	<i>Entscheidungen der amtlichen Sammlung des Bundesverwaltungsgerichts</i>
BW	<i>Baden-Württemberg</i>
BW PolG a.F.	<i>Baden-Württembergisches Polizeigesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 16.1.1968 (BW. GBl. 1968, S. 61 (73))</i>
BWVP	<i>Baden-Württembergische Verwaltungspraxis (Zeitschrift)</i>
bzw.	<i>beziehungsweise</i>
CaS	<i>Causa Sport – Die Sportzeitschrift</i>
COVID-19	<i>Coronavirus SARS-CoV-2</i>
ders.	<i>derselbe</i>
DFB	<i>Deutscher Fußball-Bund e. V.</i>
DFL	<i>DFL Deutsche Fußball Liga GmbH</i>
dies.	<i>dieselbe</i>
Dig.	<i>Digesten</i>
DÖV	<i>Die Öffentliche Verwaltung – Zeitschrift für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften</i>
Drs.	<i>Drucksache</i>
DVBl.	<i>Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)</i>
e.V.	<i>eingetragener Verein</i>
etc.	<i>et cetera</i>
EU	<i>Europäische Union</i>
EuG	<i>Gericht der Europäischen Union</i>
EuGH	<i>Europäischer Gerichtshof</i>

FAZ	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>
ff.	<i>folgende</i>
Fn.	<i>Fußnote</i>
FS	<i>Festschrift</i>
GBL.	<i>Gesetzblatt</i>
GG	<i>Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100–1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Art. 1 u. 2 Satz 2 des Gesetzes v. 29.9.2020 (BGBl. I S. 2048)</i>
GmbH	<i>Gesellschaft mit beschränkter Haftung</i>
GRUR	<i>Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)</i>
GSZ	<i>Zeitschrift für das Gesamte Sicherheitsrecht</i>
GVBl.	<i>Gesetz- und Ordnungsblatt</i>
GWR	<i>Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)</i>
HdbFußballR	<i>Handbuch des Fußballrechts</i>
HdbPolR	<i>Handbuch des Polizeirechts</i>
HdbStaatsR	<i>Handbuch des Staatsrechts</i>
HessKAG	<i>Hessisches Gesetz über kommunale Abgaben in der Fassung v. 24.3.2013 (GVBl. 2013, 134), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 28.5.18 (GVBl. S. 247)</i>
Hrsg.	<i>Herausgeber</i>
hrsg. v.	<i>herausgegeben von</i>
Hs.	<i>Halbsatz</i>
HSOG	<i>Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 14.1.2005 (GVBl. I S. 14), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes v. 30.09.2021 (GVBl. S. 622)</i>
HVwKostG	<i>Hessisches Verwaltungskostengesetz in der Fassung v. 12.1.2004, zuletzt geändert durch Gesetz v. 23.6.2018 (GVBl. S. 330)</i>
i.S.d.	<i>im Sinne des</i>
i.V.m.	<i>in Verbindung mit</i>

InKostV	<i>Bremische Kostenverordnung für die innere Verwaltung in der Fassung v. 20.8.2002 (Brem. GBl. S. 455), zuletzt geändert durch Art. 1 der Elften Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung für die innere Verwaltung v. 7.7.2020 (Brem.GBl. S. 575)</i>
Innenministerkonferenz (IMK)	<i>Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder</i>
JA	<i>Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)</i>
jM	<i>juris – Die Monatszeitschrift</i>
Jura	<i>Juristische Ausbildung (Zeitschrift)</i>
JuS	<i>Juristische Schulung</i>
Kap.	<i>Kapitel</i>
KGaA	<i>Kommanditgesellschaft auf Aktien</i>
Komm.	<i>Kommentar</i>
LG	<i>Landgericht</i>
Ligaverband	<i>DFL Deutsche Fußball Liga e.V.</i>
lit.	<i>litera</i>
LT	<i>Landtag</i>
LuftSiGebV	<i>Luftsicherheitsgebührenverordnung v. 23.5.2007 (BGBl. I S. 944), zuletzt geändert durch Art. 2 Abs. 181 des Gesetzes v. 7.8.2013 (BGBl. I S. 3154)</i>
m.w.N.	<i>mit weiteren Nachweisen</i>
MdI	<i>Ministerium des Innern</i>
MMR	<i>Zeitschrift für IT-Recht und Recht der Digitalisierung</i>
NdsVBl.	<i>Niedersächsische Verwaltungsblätter</i>
NJW	<i>Neue Juristische Wochenschrift</i>
NordÖR	<i>Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland</i>
Nr.	<i>Nummer</i>
NRW	<i>Nordrhein-Westfalen</i>
NVwZ	<i>Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht</i>
NVwZ-RR	<i>Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht – Rechtsprechungs-Report</i>
NZKart	<i>Neue Zeitschrift für Kartellrecht</i>

OBG NRW	<i>Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden in Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung v. 13.5.1980 (GV. NRW. S. 528), zuletzt geändert durch Art. 7 Gesetz zur Änderung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes NRW und zur Änderung weiterer Gesetze v. 23.6.2021 (GV. NRW. S. 762)</i>
OLG	<i>Oberlandesgericht</i>
ÖPNV	<i>Öffentlicher Personennahverkehr</i>
OVG	<i>Oberverwaltungsgericht</i>
PolG NRW	<i>Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung v. 25.7.2003 (GV. NRW. S. 441), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes v. 17.12.2021 (GV. NRW. 2022 S. 2)</i>
PraxishdbSportR	<i>Praxishandbuch Sportrecht</i>
PrOVGE	<i>Entscheidungen der amtlichen Sammlung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts</i>
rec.	<i>retractavit, recognovit</i>
RhPf	<i>Rheinland-Pfalz</i>
Rn.	<i>Randnummer</i>
Rs.	<i>Rechtssache</i>
S.	<i>Seite(n)</i>
Sächs.	<i>Sächsisch</i>
Slg.	<i>Allgemeine amtliche Entscheidungssammlung des EuG/EuGH</i>
sog.	<i>sogenannt / sogenannte</i>
SPD	<i>Sozialdemokratische Partei Deutschlands</i>
SpuRt	<i>Zeitschrift für Sport und Recht</i>
st. Rspr.	<i>ständige Rechtsprechung</i>
StPO	<i>Strafprozeßordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 7.4.1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 21.12.2021 (BGBl. I S. 5252)</i>
SV	<i>Sportverein</i>
SZ	<i>Süddeutsche Zeitung</i>
ThürKAG	<i>Thüringer Kommunalabgabengesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 19.9.2000 (GVBl. 2000, 301), zuletzt geändert durch Gesetz v. 10.10.2019 (GVBl. S. 396)</i>

u.a.	<i>und andere</i>
UEFA	<i>Union der Europäischen Fußballverbände</i>
Urt.	<i>Urteil</i>
UWG	<i>Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb in der Fassung der Bekanntmachung v. 3.3.2010 (BGBl. I S. 254), das zuletzt durch Art. 1 des Gesetzes v. 10.8.2021 (BGBl. I S. 3504) geändert worden ist</i>
v.	<i>vom</i>
v.a.	<i>vor allem</i>
VBIBW	<i>Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg</i>
VerfGH	<i>Verfassungsgerichtshof</i>
VersammlG NRW	<i>Versammlungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung v. 15.11.1978 (BGBl. I S. 1789), das zuletzt durch Art. 6 des Gesetzes v. 30.11.2020 (BGBl. I S. 2600) geändert worden ist</i>
VerwArch	<i>Verwaltungsarchiv – Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik</i>
VG	<i>Verwaltungsgericht</i>
VGH	<i>Verwaltungsgerichtshof</i>
vgl.	<i>vergleiche</i>
VO VwVG NRW	<i>Verordnung zur Ausführung des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes Nordrhein-Westfalen in der Fassung v. 8.12.2009 (GV. NRW. S. 787), zuletzt geändert durch Art. 1 der Achten Änderungsverordnung v. 1.12.2021 (GV. NRW. S. 1351)</i>
VollzBekLStVG	<i>Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über den Vollzug des Landesstraf- und Ordnungsgesetzes v. 8.8.1986 (MABl. S. 361), zuletzt geändert durch Bekanntmachung v. 5.6.2021 (BayMBl. Nr. 456, Nr. 476)</i>
Vorb.	<i>Vorbemerkung</i>
vs.	<i>versus</i>
VwGO	<i>Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 19.3.1991 (BGBl. I S. 686), zuletzt geändert durch Gesetz v. 8.10.2021 (BGBl. I S. 4650)</i>
VwVG NRW	<i>Verwaltungsvollstreckungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung v. 19.2.2003 (GV. NRW. S. 156, 2005 S. 818), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes v. 23.6.2021 (GV. NRW. S. 762)</i>

WDR	<i>Westdeutscher Rundfunk</i>
z.	<i>zu</i>
ZIS	<i>Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze</i>
ZJS	<i>Zeitschrift für das Juristische Studium</i>
ZRP	<i>Zeitschrift für Rechtspolitik</i>
ZUR	<i>Zeitschrift für Umweltrecht</i>